

Rechtsgebiet: 9. Großherzogtum Baden.

Gesetzliche Grundlagen:

Städteordnung für das Großherzogtum Baden vom 20. Juni 1884 in der
am 1. August 1901 gültigen Fassung.
Städtewahlordnung vom 19. April 1901.

I. Voraus-
setzungen für den
Erwerb des
Bürgerrechts.

Bürger sind kraft Gesetzes, also ohne besondere Verleihung, alle im Vollbesitze der Rechtsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen Reichsangehörigen (außer Militärpersonen), die seit 2 Jahren

- a) Einwohner des Stadtbezirks sind,
- b) das 24. Lebensjahr zurückgelegt und eine selbständige Lebensstellung haben. Selbständig ist, wer entweder einen eigenen Hausstand hat oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung betreibt, oder an direkten ordentlichen jährlichen Staatssteuern mindestens 20 Mk. bezahlt,
- c) keine Armenunterstützung erhalten haben,
- d) die Gemeindeabgaben bezahlt haben,
- e) eine direkte ordentliche Staatssteuer im Großherzogtum Baden bezahlen.

Von dem Erfordernis der 2jährigen Dauer kann durch Gemeindebeschluß Befreiung erteilt werden.

II. Voraus-
setzungen des
aktiven
Wahlrechts.

Wahlberechtigt ist jeder Bürger, dessen Bürgerrecht nicht ruht. Das Bürgerrecht ruht bei Entmündigten, bei Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen sind, die sich im Konkurse befinden (auch nach Beendigung des Konkurses, solange die Gläubiger nicht befriedigt sind), und während der Dauer des Militärdienstes.

Maßgebend ist die vom Stadtrat aufzustellende Wählerliste.

III. Voraus-
setzungen des
passiven
Wahlrechts.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten außer den Mitgliedern des Stadtrats (=Magistrats), den besoldeten Gemeindebeamten und den Mitgliedern der Aufsichtsbehörden.